

Offene Fragen der Geschichte Band 3

Chronik von 1800 bis 1899

Napoleons Gewaltherrschaft,
Wiener Kongreß,
Kapitalismus,
Kommunismus,
Darwinismus,
Nationalismus,
Preußisch-Österreichischer Krieg von 1866,
Deutsch-Französischer Krieg von 1870/71,
Gründung des Deutschen Reiches,
Imperialismus ...

Band 3/010

Chronik von 1839 bis 1841

1839

Preußen: In Preußen wird im Jahre 1839 die Kinderarbeit in Fabriken bis zum 9. Lebensjahr verboten und die tägliche Arbeitszeit für Kinder und Jugendliche auf 10 Stunden beschränkt.

Im preußischen Kinderschutzgesetz vom 9. März 1839 heißt es (x176/174): >>... Ein Kind unter zehn Jahren darf nicht in einer Fabrik arbeiten.

Jedes Arbeiter-Kind soll einen dreijährigen Schulbesuch nachweisen können.

Die Höchstarbeitszeit für Kinder beträgt zehn Stunden am Tage. Zwischen diesen zehn Stunden sollen zwei Freistunden liegen, in denen Bewegung in freier Luft gewährt werden soll. <<
Otto von Bismarck (1815-1898, stammt aus einem altmärkischen Adelsgeschlecht, beendet 1839 sein Rechtsreferendariat und verwaltet danach seine Güter) schreibt im Jahre 1839, warum er seine Beamtenkarriere aufgibt (x237/173): >>Der preußische Beamte gleicht dem einzelnen im Orchester, mag er die erste Violine oder den Triangel spielen: ohne Übersicht und Einfluß auf das Ganze muß er sein Bruchstück abspielen, wie es ihm gesetzt ist, er mag es für gut oder schlecht halten.

Ich will aber Musik machen, wie ich sie für gut erkenne, oder gar keine. ...<<

Spanien: Nach Beendigung des grausam geführten spanischen Bürgerkrieges (1834-1839) erkennt Königin Isabella II. im Jahre 1839 die Verfassung von 1813 an.

USA: In Florida setzen sich die Seminolen-Stämme im Jahre 1839 erbittert zur Wehr. Während dieses Krieges verlieren die US-Truppen etwa 1.500 Soldaten (x180/58). Obgleich die US-Regierung rd. 50 Millionen Dollar aufwendet, kann man die Seminolen nicht entscheidend besiegen.

Der US-Journalist John L. O'Sullivan schreibt im Jahre 1839 über die Zukunft Nordamerikas (x056/129): >>Wir dürfen zuversichtlich daran glauben, daß unser Land dazu bestimmt ist, die große Nation der Zukunft zu sein. ... Wir sind die Nation des menschlichen Fortschritts, und wer will oder was kann unser Vorwärtsschreiten aufhalten. ... Amerika ist auserwählt zu einer heiligen Mission gegenüber den Nationen der Welt, die ausgeschlossen sind vom lebenspendenden Licht der Wahrheit. ...

Es ist unsere offensichtliche Bestimmung, den gesamten Kontinent einzunehmen und zu besitzen, den uns die Vorsehung zur Entfaltung des großen Experiments der Freiheit übergeben

hat. ...<<

China: Als die chinesische Regierung im Jahre 1839 Opiumlieferungen, die durch englische Kaufleute ins Land gebracht werden, in den englischen Handelsniederlassungen Kantons beschlagnahmen und verbrennen läßt sowie die Opiumeinfuhr untersagt, erklärt Großbritannien den Chinesen den Krieg ("Opiumkrieg" von 1839-42).

Dieser Krieg leitet die Epoche des aggressiven westlichen Imperialismus in China ein.

Der britisch-nordamerikanische Historiker Geoffrey Parker schreibt später über den "Opiumkrieg" von 1839-42 (x192/405): >>... Wie andere Europäer hatten die Briten vom Kaiser die Erlaubnis erhalten, in Kanton Handel zu treiben. Doch die chinesische Regierung akzeptierte die Kaufleute aus dem Westen nur wegen ihres Geldes; solange sie die chinesischen Waren gegen Silber eintauschten, das benötigt wurde, um das kaiserliche Steuersystem aufrechtzuerhalten, gab es keine Probleme.

Anfang des 19. Jahrhunderts gelang es den Europäern jedoch, die Kaufleute und Mandarine von Kanton zur Annahme von Opium statt Silber zu bewegen; schließlich führten sie eine stärkere Variante der Droge ein, die bei den Opiumrauchern und Opiumessern (erstmalig) zur Sucht führte.

Jahrelang beratschlagte der kaiserliche Hof, wie der Reduzierung der Silberlieferung zu begegnen sei; 1839 entschied man eher widerwillig, den Opiumimport mit Gewalt zu unterbinden. Doch die chinesischen Truppen und Schiffe wurden geschlagen, und 1842 mußte Hongkong als souveräne Kolonie an Großbritannien abgetreten werden, während China 5 weitere Häfen für die europäischen Handelsschiffe öffnete. Der Verfall der chinesischen Wirtschaft wurde damit beschleunigt. ...<<

Der deutsche Journalist und Autor Gabor Steingart schreibt später über den "Opiumkrieg" von 1839-42 (x281/41): >>China war nicht willig, da gebrauchte England Gewalt. Mit seiner Handelsflotte belieferte das geschäftstüchtige Inselvolk nun die Schwarzhändler im Reich der Mitte. Unvorstellbare Mengen an Opium, hergestellt in Indien, gelangten nach China, in der Spitze 2.500 Tonnen pro Saison.

Die chinesische Bevölkerung war bald narkotisiert. Das Rauschgift zersetzte den Staat und schädigte die Volkswirtschaft. Überall in den Städten waren Drogenabhängige zu sehen. Experten schätzten, daß nahezu ein Viertel der chinesischen Bevölkerung zu dieser Zeit süchtig war. Die Briten waren einmarschiert, ohne das Land betreten zu haben.

Als der chinesische Kaiser Kisten voller Rauschgift beschlagnahmen ließ, war der Krieg mit den unsichtbaren Eindringlingen unvermeidlich. Die Briten hatten ohnehin nur auf ein Signal zum Losschlagen gewartet. Nun bekam das chinesische kaiserliche Heer jene tödliche Kollektion der Moderne geschickt, die aus den Waffenfabriken Englands stammte. Kanonen rollten an. Moderne Gewehre besorgten den Rest. ...<<

Der US-amerikanische Autor Des Griffin (1934 in Nordirland geboren) berichtet später in seinem Buch "Wer regiert die Welt?" über den britischen Imperialismus in Asien (x364/199-202): >>**X. Sieger ist der Profit**

Wenn man an England denkt, so fallen einem Begriffe wie "Großbritannien", "Queen", "die Krone", "Kronkolonien", "London", "die City" ein und vermischen sich zu einem undifferenzierten Brei. Gewöhnlich hält man sie für Synonyme, die dasselbe grundlegende System verkörpern. Wenn man von "der Krone" hört, denkt man automatisch an den König oder die Königin.

Die "Krone" ist aber ein Ausschuß von 12 bis 14 Männern, die den unabhängigen, souveränen Staat regieren, der als London beziehungsweise "die City" bekannt ist. Die "City" gehört nicht zu England. Sie untersteht nicht dem Monarchen. Sie unterliegt nicht der Regierung. Wie der Vatikan in Rom ist sie ein separater, unabhängiger Staat. Sie ist der Vatikan der gewerblichen Welt.

Die kleine Clique, die die City regiert, diktiert dem englischen Parlament. Sie sagt ihm, was es zu tun hat und wann. Die Geschichte zeigt eindeutig, daß die englische Regierung Leibeigentum der "unsichtbaren und unhörbaren" Macht im Herzen der City ist. Die City gibt den Ton an. Die "sichtbaren und hörbaren Führer" sind nur Puppen, die nach dieser Weise auf Befehl tanzen. Sie haben selbst keine Macht. Sie haben keine Befugnisse.

Einfuhr von Opium nach China

Die unermeßlichen Reichtümer Chinas haben die Aufmerksamkeit der "Krone" bereits im 16. Jahrhundert auf sich gelenkt, kurz nachdem England den Seehandel mit diesem Land begonnen hatte.

Im Verlauf der Zeit hatte das Handelsvolumen stetig zugenommen. Die Chinesen waren kluge Geschäftsleute und verlangen als Gegenleistung für ihre Seide, ihren Tee und andere Güter die Bezahlung in Silber. Die Krone, die unter dem Deckmantel der East Indian Company operierte, suchte nach einem Weg, um den Willen der Chinesen zu brechen, die sie als "miese Ausländer" betrachteten, die man bei jeder sich bietenden Gelegenheit ausbeuten sollte.

Man entschied, daß der Weg, mit dem der chinesische Widerstand gegen den Willen der Krone gebrochen werden sollte, die Einfuhr von Opium nach China sei, auf daß die Klasse der Mandarine süchtig werde. Damit würde die Waage der Macht zugunsten der Krone ausschlagen.

Als der Kaiser die Einfuhr von Opium ablehnte, bestach die Krone korrupte Beamte, die das Opium ins Land schmuggelten und es an das gemeine Volk verkauften.

Einige Jahre später, als sich die Wirkungen der Opiumsucht in der chinesischen Gesellschaft bemerkbar machten, zettelte die Krone den sogenannten Opium-Krieg (1839-1842) an. Als Ergebnis war der Kaiser gezwungen, die Bedingungen der Krone anzunehmen.

China wurde nach 1843 nicht mehr vom Kaiser regiert. Der Kaiser und seine Familie verblieben zwar noch als Repräsentationsfiguren, aber die wirkliche Regierungsgewalt lag in den Händen der Soong-Familie. Die Soongs waren Agenten der Sassoons-Familie, die wiederum durch Heirat mit den Rothschilds verwandt waren.

Militärische und politische Demütigungen

In Ermangelung moderner Industrien und Verwaltung waren die Chinesen der Macht der Krone ganz und gar nicht gewachsen. Das Ergebnis war eine Reihe von militärischen und politischen Demütigungen, in deren Gefolge China gezwungen wurde, den Händlern der Krone fünf Häfen aufzutun. Hongkong wurde 1842 eine Kronkolonie.

Zwischen 1843 und 1927 fanden dutzendweise Aufstände oder Rebellionen gegen die Kontrolle Chinas durch die Krone statt. Einige von ihnen waren groß. Einige klein. Das lange Ringen um die Unabhängigkeit wurde von den nationalistischen Kräften getragen.

Um jene Aufstände niederzuschlagen und das chinesische Volk in der Unterjochung zu halten, rief die Krone Truppen aus verschiedenen Nationen zu Hilfe. Obwohl die Krone sie wiederholt besiegte, ließen die Chinesen von ihrem Verzweiflungskampf um die Unabhängigkeit nicht ab.

Als 1925 der Nationalistenführer Sun Yat-sen verschied, brach in China wiederum die Rebellion gegen die Tyrannei der "ausländischen Teufel" aus. Sofort stürzte sich ein in Moskau ausgebildeter Chinese namens Chiang Kai-shek, unter Einsatz von sowjetischen Truppen, die ihm von Jossif Stalin geschickt und von General Michael Borodin befehligt wurden, auf Shanghai und plünderte die Tresore der Rothschild-Sassoon-Soon-Bank.

Mit einem Schlag ins Gesicht der Geldmonopolisten weigerte sich Präsident Coolidge, ein geheimes US-Abkommen mit den internationalen Banken anzuerkennen und amerikanische Truppen und Schiffe für einen Angriff auf China und seine Streitkräfte bereitzustellen.

Nach diesem schweren Rückschlag entsandten die Banker T. V. Soong, um mit Chiang Kai-shek zu verhandeln. Soong bot ihm 3 Millionen Dollar in bar an, seine eigene Schwester May-

Ling zur Frau - obwohl Chiang bereits eine Frau und Kinder hatte - und die Präsidentschaft in China auf Lebenszeit, wenn er überlief. Chiang nahm an und regierte China ab da als ein Agent der Engländer und heiratete im Dezember 1927 die Schwester des Rothschildagenten. Nach einem erbitterten, 85 Jahre währenden Kampf um die Unabhängigkeit hatte Chiang sein Volk in die völlige Sklaverei verkauft.

Der Polizist Asiens

Mit Beginn des laufenden Jahrhunderts unternahm die Krone weitere Schritte zur Konsolidierung ihrer Positionen in Asien. Man wählte die kleine Nation Japan, die über keinerlei Kriegsführungskapazitäten verfügte und entsandte den großen englischen Waffenhersteller, Vickers Ltd., damit er Japan zu einer Großmacht entwickelte. Vickers wurde vom Hause Rothschild finanziert.

Nachdem am 30. Januar 1902 das Abkommen unterzeichnet war, mit dem die Japaner ihrer Aufgabe als "Polizist" der Krone im Pazifik zustimmten, wurde die japanische Armee und Marine sehr schnell aufgebaut und mit moderner Ausrüstung versehen.

Im Juli 1903 forderte die Krone von Rußland, daß es seine Position auf der Kwantung-Halbinsel aufgabe. Rußland, das gerade 300 Millionen Dollar in den Aufbau der Anlagen investiert hatte (die sie sechs Jahre zuvor von den Chinesen gepachtet hatten) wies die Forderung zurück, obwohl man wußte, es bedeutet Krieg.

Sieben Monate später, in der Nacht vom 8. Februar 1904, fiel eine japanische Torpedoflotte in den Hafen von Port Arthur ein und griff die russische Flotte an. Sie richteten schweren Schaden an, zwei Kampfschiffe und ein Kreuzer versanken. Die Japaner setzten diesem Angriff sofort nach, in dem sie 500.000 Soldaten über eine Strecke von eintausend Meilen offener See transportierten, die eine Invasion des von den Russen besetzten Gebietes begannen. Obwohl den Russen an der Zahl unterlegen, konnten die Japaner unter der brillanten Führung von Feldmarschall Oyama ihre Mission erfolgreich erfüllen.

Auch an den Stellen Asiens, wo es der Krone an "Kraft" fehlte, die Dinge zu kontrollieren, waren es die Japaner, die man schickte, um die schmutzige Arbeit verrichten zu lassen. Nach typischem Muster der Krone, nahm, obwohl die Japaner jetzt am meisten kämpften und starben, die Verschuldung des japanischen Staates bei den europäischen Geldmonopolisten zu. Roland Usher beschreibt in "Pan Americanism" diesen Schuldenberg als eine "schwankende Bürde", unter der die Wirtschaftsentwicklung Japans schwer litt:

"Japans Schriftsteller hatten sich zutiefst über eine Situation empört, in der Japan auf Geheiß der englisch-französischen Finanzoligarchie hinging und anschleppte, dann unweigerlich gezwungen wurde, ihnen die Früchte des Sieges auszuhändigen und dann noch gezwungen wurde, der Oligarchie immense Zinsen für das Geld zu zahlen, mit dem es ihre Kriege ausfocht."

Die Weigerung von Calvin Coolidge 1927, amerikanische Truppen gegen Chiang Kai-shek einzusetzen, "setzte die Oligarchie völlig dem Wohl und Wehe der rebellischen Japanischen Partei aus; denn ohne Amerikas Beteiligung fehlte es in dieser Situation in China an dem entscheidenden Ingredienz der Demokratie, ließ die Oligarchie ohne ausreichende Streitkräfte, um die Rebellion niederzuschlagen und nahm ihnen die Deckung gegen den Angriff ihrer vielen Feinde in England und Frankreich." ...<<

1840

<p>Die Propaganda des Kommunismus besitzt eine Sprache, die jedes Volk versteht. Die Elemente dieser Universalsprache sind so einfach wie der Hunger, wie der Neid, wie der Tod. <i>Heinrich Heine (1797-1856, deutscher Dichter)</i></p>

Deutscher Bund: Der deutsche Unternehmer und Dichter Max Schneckenburger (1819-1849) verfaßt im Jahre 1840 das patriotische Lied "Die Wacht am Rhein" (x273/304-305):

>>Es braust ein Ruf wie Donnerhall,

Wie Schwertgeklirr und Wogenprall:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein,
Wer will des Stromes Hüter sein?
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Durch Hunderttausend zuckt es schnell,
Und aller Augen blitzen hell;
Der deutsche Jüngling, fromm und stark,
Beschirmt die heil'ge Landesmark.
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Er blickt hinauf in Himmelsau'n,
Wo Heldengeister niederschau'n,
Und schwört mit stolzer Kampfeslust:
"Du Rhein, bleibst deutsch, wie meine Brust."
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

"Und ob mein Herz im Tode bricht,
Wirst du doch drum ein Welscher nicht,
Reich, wie an Wasser deine Flut,
Ist Deutschland ja an Heldenblut."
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

"So lang ein Tropfen Blut noch glüht,
Noch eine Faust den Degen zieht,
Und noch ein Arm die Büchse spannt,
Betritt kein Feind hier deinen Strand."
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!

Der Schwur erschallt, die Woge rinnt,
Die Fahnen flattern hoch im Wind:
Zum Rhein, zum Rhein, zum deutschen Rhein,
Wir alle wollen Hüter sein!
Lieb' Vaterland, magst ruhig sein,
Fest steht und treu die Wacht am Rhein!<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Deutschlands von 1840-1849 (x804/888-892): >>(Deutschland) ... Als 1840 der geistreiche, schwungvolle König Friedrich Wilhelm IV. den preußischen Thron bestieg, knüpfte man in Deutschland daran noch weitere Hoffnungen auf eine freiheitliche Entwicklung in den Einzelstaaten und auf Erfüllung des allgemeinen Wunsches nach nationaler Einheit.

Wirklich regte Friedrich Wilhelm in Wien eine Reform der Bundesverfassung wiederholt an, da die Nation mit Recht erwarte und verlange, daß ihre gemeinsamen Interessen, ihre unabweisbaren Bedürfnisse volle Befriedigung fänden. Er erließ eine allgemeine politische Amnestie, welche die Opfer der Demagogenverfolgungen befreite, und milderte die Zensur. Aber

sein Zaudern, Preußen eine Verfassung zu geben, die enge Beschränkung der Rechte des Vereinigten Landtages, der endlich 1847 berufen wurde, seine mit Vorliebe kundgegebenen mittelalterlich-ständischen Ansichten und seine Hinneigung zur kirchlichen Orthodoxie ernüchterten die Nation.

Das System Metternich schien dauernd begründet zu sein, und dennoch hatte niemand ein festes Vertrauen auf seinen Bestand. Der Bundestag befriedigte außer Österreich weder Fürsten noch Volk, obwohl man ihn nicht zu reformieren wußte. Unter den Liberalen nahmen teils partikularistische, teils republikanische Neigungen zu und vermehrten die allgemeine Gärung, welche zum zweiten Mal durch eine Umwälzung im westlichen Nachbarland, durch die Pariser Februarrevolution 1848, zum Ausbruch kam.

Unmittelbar auf die erste Nachricht von der Pariser Revolution stellte am 27. Februar 1848 Heinrich von Gagern in der darmstädtischen Kammer den Antrag auf Errichtung einer deutschen Zentralgewalt mit Volksrepräsentation, und bereits am 5. März faßte eine zu Heidelberg aus eigenem Antrieb zusammengetretene Versammlung von 51 angesehenen deutschen Männern, meist Mitgliedern deutscher Kammern, den Beschluß, die deutschen Regierungen auf das dringendste anzugehen, so bald wie möglich eine Vertretung der deutschen Nation ins Leben zu rufen. Zugleich wurde eine Siebenerkommission beauftragt, Vorschläge über eine angemessene Volksvertretung vorzubereiten und die Grundlagen für eine neue deutsche Verfassung zu beraten, und am 12. März forderte diese die früheren oder gegenwärtigen deutschen Landtagsmitglieder auf, am 30. März sich zu einer Vorberatung in Frankfurt am Main zu versammeln.

Der Bundestag trat dem nicht entgegen, beschloß vielmehr selbst am 10. März, eine Revision der Bundesverfassung unter Zuziehung von 17 Vertrauensmännern, welche die bedeutendsten Staaten deputieren sollten, vorzunehmen. Die Regierungen hatten mit einmal alles Selbstbewußtsein und allen Mut verloren und wichen fast überall ohne Widerstand den stürmischen Forderungen des Volkes.

Römer, ein Mitglied der Siebenerkommission, wurde in das württembergische, Gagern in das hessische, Stüve in das hannoversche Ministerium berufen. In Wien wurde Metternich durch einen Volksaufstand gestürzt und vertrieben. König Ludwig von Bayern, dessen Stellung durch den Lola Montez-Skandal erschüttert war, dankte am 20. März zu Gunsten seines Sohnes Maximilian II. ab, der sofort ein liberales, den Volkswünschen geneigtes Ministerium berief.

Auch in Berlin hatte sich Friedrich Wilhelm IV. durch die stürmischen Weltereignisse und die Volksdemonstrationen bestimmen lassen, den Vereinigten Landtag sofort zusammenzuberufen und in dem Ausschreiben auch die Errichtung eines deutschen Bundesstaates mit Nationalrepräsentation, gemeinsamer Heeresverfassung, deutscher Flotte, Bundesgericht, Freizügigkeit, Pressefreiheit u.a. als Programm seiner Regierung aufzustellen.

Aber der Straßenaufstand am 18. März, der in gewisser Beziehung siegreich blieb, die schwankende Haltung des Königs und die Schwäche der preußischen Behörden raubten der Regierung Preußens gerade in dem Augenblick die notwendige Autorität und Kraft, wo sie an die Spitze der deutschen Bewegung hätte treten müssen.

Erst jetzt erteilte der König seine Zustimmung zu der Berufung einer preußischen Nationalversammlung, welche dem Staat eine liberale Verfassung geben sollte. Dieselbe trat am 22. Mai zusammen, beriet das ganze Jahr hindurch, stürzte ein Ministerium nach dem anderen und untergrub das Ansehen der Regierung im eigenen Lande durch Einmischung in die Verwaltung. Zugleich steigerte sie den Haß des Königs gegen den Liberalismus durch anmaßende Eingriffe in seine Rechte und machte ihn auch der deutschen Bewegung abgeneigt, kurz lähmte Preußens Aktion nach außen ...

Die Eröffnung der ersten deutschen Nationalversammlung, die 586 Mitglieder zählte, erfolgte

am 18. Mai in der Paulskirche zu Frankfurt am Main. Heinrich von Gagern wurde zum Präsidenten, Soiron zum Vizepräsidenten gewählt. Es war eine Reihe der trefflichsten Männer hier vereinigt, darunter die bedeutendsten Gelehrten (etwa 100) Deutschlands. Aber die mangelnde politische Schulung machte sich in einer allzu idealistischen Geringschätzung der praktischen Verhältnisse und der staatlichen Faktoren, mit denen man zu rechnen hatte, geltend.

Die augenblickliche Schwäche und Untätigkeit der Regierungen verleitete die Versammlung, sich, als lediglich aus dem Volkswillen hervorgegangen, für souverän zu halten und jede Mitwirkung der Regierungen bei der Schaffung der neuen Reichsverfassung auszuschließen; übrigens konnte sie sich selbst nicht einmal über einen Verfassungsentwurf als Grundlage einigen.

Ein Zentral- und Vermittlungsorgan für die Verständigung mit den Regierungen wurde nicht geschaffen, vielmehr am 27. Mai ... der souveräne Standpunkt der Nationalversammlung dahin präzisiert, daß den Bestimmungen der künftigen deutschen Verfassung prinzipiell der Vorrang vor widersprechenden Bestimmungen einzelner Landesverfassungen gebühre. ...

Als sich das Bedürfnis nach einer provisorischen Exekutive, einer Zentralgewalt, ... herausstellte, wählte man nicht, wie Dahmann vorschlug, gemeinsam mit den Regierungen drei Vertrauensmänner, sondern ... am 29. Juni einen Reichsverweser in der Person des persönlich sehr populären Erzherzogs Johann von Österreich. Obwohl sich Preußen durch diese Wahl nicht verletzt zeigte, war sie doch um so unkluger, als Österreich damals durch innere Wirren so in Anspruch genommen war, daß es dem Reichsverweser und dem Parlament gar keinen Machtrückhalt hätte gewähren können, selbst wenn es gewollt hätte.

Auf Österreich, das ohnmächtig war, nahm die Frankfurter Versammlung zu viel Rücksicht, auf Preußen, dessen man nicht entbehren konnte, gar keine. ...

Als die Erhebung Schleswig-Holsteins gegen Dänemark im März 1848 wegen ungenügender Streitkräfte zu scheitern drohte, hatte der Bundestag Preußen damit beauftragt, die Unabhängigkeit der Herzogtümer zu schützen, und Friedrich Wilhelm war auch bereitwillig darauf eingegangen. Im Verein mit den Schleswig-Holsteinern schlugen die Preußen unter Wrangel am 23. April die Dänen bei Schleswig und rückten im Mai in Jütland ein.

Die Nationalversammlung faßte am 2. Juni die Resolution, daß energische Maßregeln getroffen werden müßten, um den Krieg zu Ende zu führen und beim Friedensschluß die Rechte der Herzogtümer und die Ehre Deutschlands zu wahren. Am 1. August befahl der Reichsverweser den Marsch eines beträchtlichen süddeutschen Heeres nach dem Kriegsschauplatz.

Die energische Intervention Englands und Rußlands zu Gunsten Dänemarks jedoch, die Lähmung des preußischen Handels durch die dänische Blockade, gegen welche Deutschland ohne Kriegsflotte wehrlos war, und die geheime Abneigung Friedrich Wilhelms gegen die Schleswig-Holsteiner, welche er für Rebellen gegen ihren rechtmäßigen König hielt, bewogen die preußische Regierung, am 26. August, ohne die Genehmigung der Reichsregierung, den Waffenstillstand von Malmö mit Dänemark auf sieben Monate abzuschließen, der alle Beschlüsse der provisorischen Regierung von Schleswig-Holstein für ungültig erklärte und eine halb von Dänemark, halb von Preußen ernannte gemeinschaftliche Regierung einsetzte.

Die Nachricht hiervon rief in Frankfurt allgemeine Entrüstung hervor. Der Antrag der Rechten, in ... der Zwangslage Preußens den Waffenstillstand dennoch zu genehmigen, wurde bei der ersten Verhandlung der schleswig-holsteinischen Angelegenheit am 5. September abgelehnt. Als aber nun das Reichsministerium zurücktrat und ein neues zu bilden nicht gelang, genehmigte die Majorität der Versammlung bei einer zweiten Verhandlung am 16. September den Vertrag vorbehaltlich einiger Modifikationen.

Inzwischen hatte die äußerste Linke die Volksmassen, die in Frankfurt zusammengeströmt waren, durch agitatorische Reden gegen die Versammlung aufgereizt. Eine große Volksversammlung auf der Pfingstweide am 17. September erklärte die 258 Abgeordneten, welche für

den Vertrag gestimmt hatten, für Verräter des Volkes, der deutschen Freiheit und Ehre.

Am 18. September war die Nationalversammlung selbst ernstlich bedroht; ein allgemeiner Aufstand war organisiert und Barrikaden erbaut. Österreichisches und preußisches Militär schützte die Paulskirche, nahm die Barrikaden und trieb das Volk auseinander; dabei fielen zwei Abgeordnete, General von Auerswald und Fürst Lichnowsky, der Volkswut zum Opfer.

Die Republikaner versuchten nun an anderen Orten Erhebungen des Volkes zu veranlassen. Struve machte einen Einfall von Basel in das Badische und proklamierte die Republik, indes wurde er rasch vertrieben, und auch sonst blieben die Bewegungen erfolglos.

Die Majorität der Versammlung erkannte jedoch nun, daß sie mit den Regierungen engere Fühlung suchen und die Beratung der Verfassung rasch zu Ende führen müsse, um den radikalen Wühlereien nicht so viel Spielraum zu gönnen. Am 20. Oktober wurde die Beratung der Grundrechte vorläufig abgebrochen und mit der Beratung über den Verfassungsentwurf begonnen, welchen der Verfassungsausschuß am 8. Oktober vorgelegt hatte.

Derselbe wurde in den Hauptpunkten angenommen: die Reichsgewalt erhielt die ausschließliche Vertretung Deutschlands nach außen, die Verfügung über die ganze Heeresmacht und das Recht der Gesetzgebung auf allen Gebieten der materiellen Entwicklung, des Handels und Verkehrs.

Eine besondere Tragweite hatte die Bestimmung des Entwurfs, daß jeder deutsche Staat, der mit nichtdeutschen Territorien verbunden sei, dieselben nur in Personalunion besitzen dürfe. Dieselbe war gegen Österreich gerichtet, dessen Regierung nach den Siegen Radetzky's in Italien und nach der Einnahme Wiens durch Windischgrätz (31. Oktober) die habsburgischen Lande durch eine Gesamtstaatsverfassung enger zu vereinigen strebte und ihre Geringschätzung der Frankfurter Versammlung und ihre Absicht, sich nicht durch deren Verfassung binden zu lassen, in schroffster Weise dadurch kundgab, daß sie zwei Abgeordnete derselben, die in Wien hatten Frieden stiften sollen, verhaften und den einen, Robert Blum, den gefeierten Führer der Linken, 9. November erschießen ließ.

Der österreichische Ministerpräsident erhob sogar am 27. November in seinem Regierungsprogramm den Anspruch, daß die Stellung Österreichs zu Deutschland erst dann geregelt werde, wenn ersteres zu neuen, festen Formen gelangt sei, bis dahin aber Österreich seinen Bundespflichten treulich nachkommen, also nicht ausscheiden werde; er verlangte also unbedingte Unterordnung der deutschen unter die österreichischen Interessen.

Der Gegensatz Österreichs zu den Zielen der Nationalversammlung war damit so deutlich ausgesprochen, daß Schmerling am 17. Dezember das Präsidium des Reichsministeriums niederlegte. Dasselbe übernahm Heinrich von Gagern, an dessen Stelle als Präsident der Nationalversammlung der bisherige Vizepräsident, Simson, trat.

Mit entschiedener Offenheit trat Gagern am 18. Dezember mit seinem Programm (der sogenannten kleindeutschen Partei) vor die Versammlung, das die Trennung Österreichs von Deutschland und die Regelung der Verhältnisse beider zu einander durch eine zu vereinbarende Bundesakte als den einzigen Weg zur Rettung des Bundesstaates bezeichnete.

Hiermit erleichterte er jedoch Österreich und seinen Anhängern ihre Stellung, indem sie, anstatt selbst Vorschläge zu einer bundesstaatlichen Verfassung mit Gesamtösterreich machen zu müssen, die sich sofort als unmöglich erwiesen hätten, nun mit einer negativen Kritik und Opposition sich begnügen durften, wobei sich ihnen Ultramontane und Radikale bereitwilligst anschlossen.

Die österreichische Regierung protestierte am 28. Dezember formell gegen das ... Programm und erklärte, daß die deutsche Verfassungsfrage nur gelöst werden könne auf dem Weg der Verständigung mit den deutschen Regierungen, unter welchen die kaiserliche den ersten Platz einnehme. Dazu kam, daß die liberalen Anhänger Preußens durch den Bruch der preußischen Regierung mit der dortigen Nationalversammlung, die Berufung des konservativen Ministeri-

ums Brandenburg ... mißtrauisch gemacht worden waren. ...

Der Antrag, daß die Würde des Reichsoberhauptes einem der regierenden deutschen Fürsten übertragen werde, wurde am 19. Januar mit 258 gegen 211 Stimmen angenommen, die Erbllichkeit der Würde aber verworfen und nur der Titel "Kaiser von Deutschland" mit 214 gegen 205 Stimmen zugestanden (25. Januar). Hiermit war 30. Januar 1849 die erste Lesung des Verfassungsentwurfs beendet.

Österreich protestierte dagegen am 4. Februar und veranlaßte die Bildung eines "großdeutschen Klubs", schnitt aber selbst jede Verständigung mit der deutschen Zentralgewalt ab, indem es am 7. März eine österreichische Verfassung oktroyierte, welche ganz Österreich mit Ungarn und Lombardo-Venetien für eine unteilbare konstitutionelle Monarchie erklärte; es war für Österreich fortan im neuen deutschen Bundesstaat kein Platz, wenn es sich nicht zum unbedingten Herrscher desselben aufschwingen konnte. ...

Mit äußerster Kraftanspannung setzte die Einheitspartei, 267 gegen 263 Stimmen, am 27. März die Erbllichkeit der Kaiserwürde durch. Am 28. März fand die Kaiserwahl statt: von 538 Anwesenden wählten 290 den König von Preußen (248 enthielten sich der Abstimmung). Unter Glockengeläute und Kanonendonner wurde die Wahl Friedrich Wilhelms IV. zum erblichen Kaiser von Deutschland proklamiert. Hiermit war die Reichsverfassung, der im voraus 28 Regierungen sich unterwerfen zu wollen erklärt hatten, abgeschlossen; ihre Publikation erfolgte am 29. März 1849.

Die Reichsverfassung beschränkte die Rechte der Einzelstaaten nicht unbedeutend: sie verloren das Recht, eigene Gesandte zu halten, ihre Truppenmacht wurde der Zentralgewalt untergeordnet und dergleichen. Der Reichsgewalt war die oberste Gesetzgebung vorbehalten. Der Kaiser übte seine Gewalt durch verantwortliche Minister, erklärte Krieg und schloß Frieden, berief und schloß den Reichstag, welcher in ein Staatenhaus und ein Volkshaus zerfiel.

Das erstere bildeten die Vertreter der einzelnen Staaten, welche zur Hälfte die Regierung, zur Hälfte die Volksvertretung des einzelnen Staates ernannte; das Volkshaus wurde durch allgemeine, direkte Wahlen (auf 100.000 Seelen ein Abgeordneter) gebildet. Den Beschlüssen des Reichstages gegenüber hatte der Kaiser nur ein suspensives Veto, eine Bestimmung von geringer politischer Bedeutung, welche jedoch die Autorität des Reichsoberhauptes von vornherein zu sehr schwächte.

Der radikal-demokratische Charakter der Verfassung prägte sich namentlich im sechsten Abschnitt aus, welcher die "Grundrechte des deutschen Volkes" enthielt: unbeschränkte Freizügigkeit, unbedingte Pressefreiheit, welche selbst nicht durch Konzessionen, Kauttionen und Staatsauflagen beschränkt werden durfte, volle Glaubens- und Gewissensfreiheit, Aufhebung der Staatskirchen, Gleichheit der bürgerlichen Rechte ohne Rücksicht auf Stand und Glauben, Freiheit der Wissenschaft und ihrer Lehre, Unentgeltlichkeit des Volksunterrichts, fast unbeschränktes Vereins- und Versammlungsrecht, Abschaffung des Adels und aller Titel: Grundsätze, die teilweise das politisch noch unreife Volk selbst nicht durchgeführt hätte sehen mögen, viel weniger die Regierungen.

Gleichwohl war die Reichsverfassung lebens- und verbesserungsfähig, und es kam nur darauf an, ob der Fürst, dem die Nation die Reichsgewalt anvertraute, entschlossen war, sie zu verwirklichen. Noch schien der Einheitsdrang mächtig genug, um den Widerstand, der sich gegen das neue Reich regte, im Verein mit Preußens Kraft niederzuwerfen.

Aber Friedrich Wilhelm vermochte diesen Entschluß nicht zu fassen. Zwar erkannte er wohl, daß Deutschlands Macht und Einheit nur in der Richtung zu finden war, welche die Mehrheit des Frankfurter Parlaments, Männer, deren Mäßigung, Besonnenheit und Loyalität er anerkennen mußte, in den letzten entscheidenden Beschlüssen eingeschlagen hatte. Aber seinen romantischen Vorurteilen widerstrebte es, die Kaiserkrone aus der Hand der "Revolution", wie er die Bewegung von 1848 nannte, zu empfangen.

Er erklärte daher der Kaiserdeputation in feierlicher Audienz im königlichen Schloß zu Berlin am 3. April 1849, daß die Wahl ihm ein Anrecht gebe, dessen Wert er zu schätzen wisse, daß er sie aber ohne das freie Einverständnis der Fürsten und Freien Städte Deutschlands nicht annehmen könne.

Eine Note des preußischen Ministeriums vom 4. April bestätigte die Absicht des Königs, die deutsche Verfassung auf dem Weg der Vereinbarung zustande zu bringen, und lud die deutschen Regierungen ein, zu diesem Zweck Bevollmächtigte nach Frankfurt zu senden.

Die Nationalversammlung ernannte am 11. April ihrerseits hierzu einen Dreißigerausschuß.

Noch war die Sache nicht hoffnungslos. Österreich hatte zwar seine Abgeordneten zurückgerufen und damit kundgetan, daß es sich nicht gutwillig fügen werde. Aber damals erlitten seine Heere in Ungarn Niederlage auf Niederlage, die es dem Untergang nahebrachten.

Am 14. April übergaben die Vertreter der 28 Regierungen dem preußischen Bevollmächtigten in Frankfurt am Main eine Note, in der sie der Wahl des Königs von Preußen zum Kaiser und der Reichsverfassung zustimmten. Allerdings fehlten die vier Königreiche.

Aber König Wilhelm von Württemberg, der zuerst mit Entschiedenheit verkündet hatte, er unterwerfe sich keinem Hohenzoller, fügte sich am 24. April aus Furcht vor einem Volksaufstand, und in Bayern, Sachsen und Hannover drängte ein großer Teil der Bevölkerung zu demselben Entschluß. Am 21. April nahm die preußische Zweite Kammer einen Antrag ... auf Anerkennung der Rechtsbeständigkeit der deutschen Reichsverfassung an und stellte ihren Beistand der Regierung zur Verfügung.

Jedoch gerade dieser Beschluß, welcher als ein Eingriff in die königlichen Prärogativen (Vorrechte) aufgefaßt wurde, verhalf der reaktionären Strömung in Berlin zum Sieg. Am 27. April wurde die Kammer aufgelöst, und in einer Note an die deutsche Zentralgewalt vom 28. April verwandelte die preußische Regierung die bedingte Ablehnung der Kaiserkrone in eine unbedingte, indem sie zugleich erklärte, daß, wenn die Nationalversammlung nicht auf eine Vereinbarung mit den Regierungen eingehe, diese selbst eine Verfassung oktroyieren (erzwingen) müßten.

Durch diese unnötige und auch gar nicht ausführbare Drohung warf der preußische König dem Frankfurter Parlament den Fehdehandschuh hin und überlieferte einen großen Teil Deutschlands aufs neue der Revolution und der Anarchie. Denn die Versammlung, in welcher das Verfahren des Königs den radikalen Elementen wieder das Übergewicht verschaffte, konnte sich nicht ohne weiteres von ihrem Rechtsboden, der Reichsverfassung, verdrängen lassen und mußte versuchen, die gefaßten Beschlüsse auch ohne und gegen den König von Preußen durchzuführen.

Am 4. Mai forderte sie die gesamte Nation, Volk und Regierungen, auf, die beschlossene Verfassung des Deutschen Reiches zur Geltung zu bringen. Sie entfesselte damit eine Bewegung, deren sich die Republikaner und Revolutionäre mit ungeduldiger Begierde bemächtigten, und die der Versammlung selbst bald über den Kopf wuchs und ihre Auflösung herbeiführte.

Die Bewegung begann in der Pfalz, wo eine große Volksversammlung in Kaiserslautern am 1. Mai der bayerischen Regierung den Gehorsam aufkündigte, weil sie die Reichsverfassung anzuerkennen sich weigerte, und einen Landesverteidigungsausschuß einsetzte; zu gleicher Zeit kam es in Dresden zu einem Aufstand, vor dem der König und seine Minister auf den Königstein flüchteten. Nach mehrtägigen Barrikadenkämpfen wurde mit Hilfe preußischer Bataillone die Erhebung in Dresden am 9. Mai unterdrückt.

Indes trotz dieser Niederlage an einer Stelle griff die Bewegung weiter und weiter: in Hessen, Baden, am Rhein, in Frankfurt, in Württemberg und Franken forderte man in stürmischen Volksversammlungen schleunigste Bewaffnung und Organisation zur Durchführung der Reichsverfassung. In mehreren rheinischen Städten kam es zu gewaltsamen Konflikten mit dem Militär und zu offener Gehorsamsverweigerung der eingezogenen Landwehr.

Zum vollen Durchbruch aber kam die neue Revolution indem seit langem unterwühlten Baden, obwohl Großherzog und Regierung die Reichsverfassung ... zuerst und unumwunden anerkannt hatten. In Freiburg und Rastatt brachen die Soldaten am 11. Mai in offene Meuterei aus und verbündeten sich mit den Bürgerwehren; eine Empörung der Garnison in Karlsruhe am 14. Mai zwang den Großherzog mit den Behörden zur Flucht, und das ganze Land unterwarf sich nun dem republikanischen Landesausschuß, welcher am 17. Mai mit der revolutionären Regierung der Pfalz ein Schutz und Trutzbündnis abschloß. Die Bewegung verpflanzte sich schon in bedrohlicher Weise nach Württemberg.

Die Reichsgewalt war dem gegenüber ohnmächtig. Am 10. Mai hatte das Ministerium Gagern seine Entlassung genommen und der Reichsverweser am 16. Mai ein neues durch ein Mitglied der äußersten Rechten, den preußischen Justizrat Grävell, gebildet, welches beim Parlament nicht den geringsten Einfluß hatte und daher die Auflösung der Versammlung beschleunigte. Diese selbst trug durch ihre radikalen Beschlüsse nach Kräften bei. Am 10. Mai nahm sie einen energischen Protest gegen Preußens "Reichsfriedensbruch" in Sachsen an; ein Beschluß vom 12. Mai verlangte die Verpflichtung der gesamten bewaffneten Macht Deutschlands auf die Reichsverfassung.

Am 14. Mai rief darauf die Berliner Regierung die preußischen Abgeordneten ab, am 21. Mai folgte ihr Sachsen, am 23. Mai Hannover, und am 20. Mai zeigte der Rest der erbkaiserlichen Partei, 90 Mitglieder, Gagern an der Spitze, seinen Austritt an.

Da sich inzwischen in der Nähe Frankfurts Truppenmassen sammelten und die Anwesenheit in Stuttgart der Revolution in Württemberg möglicherweise zum Sieg verhalf, so beschloß das Parlament am 30. Mai, seine nächste Sitzung am 4. Juni in Stuttgart abzuhalten. Dort trat die Versammlung, noch 104 Mitglieder zählend (Rumpfparlament), am 6. Juni ... wieder zusammen, setzte zum Zweck der Durchführung der Reichsverfassung eine Reichsregentschaft ein, ... stellte am 16. Juni die Bewegungen in Baden und der Pfalz unter den Schutz des Deutschen Reiches und forderte von der württembergischen Regierung Truppen zur Ausführung ihrer Beschlüsse.

Der Minister Römer ... lehnte dieses Ansinnen ab, forderte von der Versammlung ihre Verlegung in einen anderen Staat und verhinderte am 18. Juni ihren Zusammentritt durch militärische Gewalt. Zu einer ferneren Sitzung kam es nicht mehr, und so endete in kläglicher Ohnmacht die erste deutsche Nationalversammlung, auf welche das deutsche Volk die höchsten Hoffnungen gesetzt hatte.

Obwohl nicht ohne Schuld an dem Scheitern ihres Werkes, lebte diese Versammlung, welche die besten Geister der Nation vereinigt hatte, dennoch als eine große und rühmliche Erinnerung im Volk fort, an welcher es sich während der nun folgenden Mißregierung trösten und erheben konnte; und auch ihre Arbeit war nicht vergeblich: die Reichsverfassung von 1849 blieb das Ideal der deutschen Einheitsbestrebungen und das Muster, auf das die Zukunft mit Glück zurückgreifen konnte. ...<<

Preußen: Friedrich Wilhelm IV. übernimmt nach dem Tod seines Vaters (Friedrich Wilhelm III.) im Jahre 1840 die Regierung.

König Friedrich Wilhelm IV. (1795-1861, lehnt 1849 die ihm von der Frankfurter Nationalversammlung angebotene Kaiserkrone ab, seit 1857 wegen einer Gehirnerkrankung regierungsunfähig) ist zwar hochgebildet, aber gleichzeitig ein Romantiker und weltfremder Monarch (x215/251).

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte des preußischen Staates von 1840-1856 (x813/372-374): >>(Preußen) ... Die Regierung Friedrich Wilhelms IV. bis zum Erlaß der Verfassung.

Der neue König, nicht mehr jung (er stand bereits im 45. Lebensjahr), aber von großer Geistesfrische, fein und vielseitig gebildet, im Besitz schwungvoller Redegabe, war mit den Be-

sten der Nation in dem Ziel, dem preußischen Volk die politische Freiheit, dem deutschen die ersehnte Einheit zu geben, einig. Boyen wurde zum Kriegsminister ernannt, Arndt in sein Amt wieder eingesetzt, Jahn befreit, ebenso freilich die Erzbischöfe von Köln und Posen, und eine allgemeine Amnestie erlassen (10. August 1840).

Aber des Königs Ideal war der mittelalterlich-romantische Lehnsstaat, nicht der moderne Rechtsstaat, der ihm als Erzeugnis der Revolution vielmehr ein Greuel war, und für dessen praktische Erfordernisse er kein Interesse zeigte. In der deutschen Frage träumte er von der Möglichkeit, daß Österreich sich mit dem ehrwürdigen ererbten Kaisernamen begnügen und Preußen die eigentliche Leitung Deutschlands überlassen werde. ...

In kirchlicher Beziehung bekundete er eine streng orthodoxe Richtung, entließ 1841 den verdienten Allenstein und berief den strenggläubigen Eichhorn an die Spitze des Unterrichtsministeriums.

Die Mission in China, die Errichtung eines evangelischen Bistums in Jerusalem ... nahmen den König anscheinend ganz in Anspruch, und mit Ausnahme der Pietisten und Ultramontanen waren bald alle Schichten der Bevölkerung von der neuen Regierung enttäuscht.

Endlich sah der König doch ein, daß er der öffentlichen Meinung ein Zugeständnis machen müsse, und errichtete trotz Rußlands und Österreichs Abmahnungen durch Patent vom 3. Februar 1847 eine Art von Landesvertretung, den Vereinigten Landtag, welcher das Petitionsrecht, das Recht eines Beirats bei der Gesetzgebung und das Steuer- und Anleihebewilligungsrecht erhielt. ...

Der König forderte das Mißtrauen ... aber geradezu heraus durch die Rede, mit welcher er am 11. April 1847 den Vereinigten Landtag eröffnete, und in welcher er erklärte, er werde nicht dulden, daß das natürliche Verhältnis zwischen Fürst und Volk in ein konstitutionelles umgewandelt werde ...

Die Mißstimmung ... wurde durch die Mißernten und die materielle Not, besonders in Oberschlesien, 1847 gesteigert und kam infolge der Pariser Februarrevolution 1848 zum Ausbruch. ... In Berlin wurde die Volksbewegung durch Abgesandte der großen Umsturzpartei in Paris, deutsche Flüchtlinge, Franzosen und Polen, geschürt und stürmische Volksversammlungen an den Zelten abgehalten; wiederholt kam es zu blutigen Zusammenstößen mit dem Militär.

Um den Sturm zu beschwichtigen, erfüllte der König die Bitte der Berliner Stadtverordneten (13. März) und berief den Landtag für den 27. April zusammen. Als die Aufregung, namentlich seit der Kunde von dem Sturz Metternichs in Wien, dennoch stieg, erschien am 18. März eine königliche Proklamation, welche den Landtag schon zum 2. April berief und die Verwandlung Deutschlands in einen Bundesstaat mit Parlament, Flotte etc. sowie im Inneren wichtige Reformen verhieß.

Sofort stürmte eine große Volksmenge nach dem Schloß, und lauter Jubel empfing den Monarchen, als er sich auf dem Balkon zeigte und seine Zusagen mündlich wiederholte. Da fielen plötzlich an einem Portal des Schlosses, wo das Volk dicht an die das letztere schützenden Truppen herandrängte, aus der Mitte derselben aus Versehen zwei Schüsse.

Mit dem Rufe: "Verrat! Rache! Zu den Waffen!" stoben die Volkshaufen auseinander und verbreiteten mit Blitzesschnelle in der Stadt das Gerücht von einem Blutbad unter friedlichen Bürgern. Schnell waren in den Straßen gegen 200 von den geheimen Agitatoren schon vorbereitete Barrikaden errichtet und von zahlreichen, obschon schlecht bewaffneten Kämpfern besetzt (Märzrevolution). Nach erbittertem Kampf Straße für Straße, Haus für Haus gelang es den Truppen, die wichtigsten Stadtteile zu erobern, so daß am Morgen des 19. März der Sieg entschieden auf ihrer Seite war.

Aber statt nun den Aufruhr völlig zu überwältigen und nach Herstellung der Ordnung die angekündigte deutschnationale Politik mit fester Hand durchzuführen, erließ der König, körperlich und geistig erschöpft, dem Drängen verschiedener Korporationen nachgebend, den Be-

fehl, daß die Truppen Berlin räumten, und vertraute sich dem Schutz der Berliner Bürgerwehr an.

Jedoch seine milde Proklamation an seine "lieben Berliner" und sein feierlicher Umritt durch die Stadt (21. März) vermochten gegenüber den Verleumdungen der Presse ihm die Popularität ebensowenig wieder zu verschaffen wie die Ernennung eines neuen Ministeriums, ... eine Amnestie (20. März) und die Berufung einer Nationalversammlung zur Beratung einer Verfassung (22. März). Ja, die Bürgerwehr schützte ihn nicht vor Demütigungen und Beleidigungen des rohen Pöbels.

Eine feierliche Bestattung der gefallenen Soldaten (3 Offiziere und 17 Mann) wurde nicht geduldet, dagegen der König gezwungen, den Leichenzug der 187 Barrikadenkämpfer vom Schloßbalkon entblößten Hauptes zu begrüßen (22. März).

Der Prinz von Preußen (Kaiser Wilhelm) wurde zur Flucht nach England genötigt, sein Palais zum Nationaleigentum erklärt.

Überall verlor das Volk das Vertrauen zu der Macht der Monarchie, und ermutigt durch die Freilassung der 1847 wegen einer Verschwörung verurteilten und im Zellengefängnis zu Moabit inhaftierten Landsleute, machten die Polen in der Provinz Posen einen Aufstand.

Nachdem am 29. März das liberale Ministerium L. Camphausen ernannt worden (war) und der Vereinigte Landtag das Wahlgesetz für die Konstituierende Nationalversammlung genehmigt hatte (2.-10. April), fanden die Wahlen für dieselbe statt ... Aus ihnen gingen fast nur Liberale und Radikale hervor und zwar, weil die bedeutendsten Männer für das Frankfurter Parlament gewählt wurden, meist Männer ohne Erfahrung und Gewicht. Die Versammlung wurde am 22. Mai vom König eröffnet ...

Die Demagogie gebärdete sich immer dreister und terrorisierte die Versammlung. Die Ministerien Hansemann (25. Juni) und Pful (21. September) waren nicht imstande, die Autorität der Behörden aufrecht zu erhalten. ... Inzwischen hatte Preußen auch in der deutschen Frage handeln müssen.

Es hatte Truppen nach Schleswig-Holstein geschickt, um die Befreiung der Elbherzogtümer von Dänemark zu bewirken, den dänischen Krieg aber durch den Waffenstillstand von Malmö unterbrochen, weil er durch die Blockade der deutschen Häfen dem Handel zu sehr schadete. Den Beschlüssen des Frankfurter Parlaments hatte es sich meist gefügt, aber wegen der inneren Wirren nichts getan, um die Leitung der deutschen Angelegenheiten in die Hand zu nehmen.

Die Gunst der Umstände bewirkte gleichwohl, daß am 28. März 1849 der König von Preußen vom deutschen Parlament zum Kaiser erwählt wurde. Aber Friedrich Wilhelm IV. weigerte sich am 3. April, diese Krone aus der Hand der Revolution anzunehmen, die er vielleicht gegen seine Mitfürsten, besonders Österreich, mit den Waffen hätte verteidigen müssen, und die Reichsverfassung anzuerkennen. Die Zweite Kammer, die diese am 21. April für rechtsgültig erklärte, wurde am 27. April aufgelöst und die Erhebungen für die Reichsverfassung in Dresden, am Rhein, in der Pfalz und Baden durch preußische Truppen unterdrückt.

Friedrich Wilhelm hoffte die preußische Hegemonie über das nichtösterreichische Deutschland durch freie Verständigung mit den Fürsten, eine Union, zu erreichen. Er schloß am 26. Mai mit Sachsen und Hannover das Dreikönigsbündnis, dem die meisten Kleinstaaten beitraten.

Ehe aber die Organisation der Union festgestellt war, hatte Österreich die Revolution in Ungarn besiegt und mischte sich wieder in die deutschen Angelegenheiten ein. Nun fielen Sachsen und Hannover von Preußen ab und schlossen im Februar 1850 mit Bayern und Württemberg das Vierkönigsbündnis, das sich im Bund mit Österreich die Wiederherstellung des Bundestages zum Ziel setzte. Zwar trat im März 1850 ein Unionsparlament in Erfurt zusammen, wurde aber am 29. April bereits vertagt, ohne etwas geschaffen zu haben.

Schritt für Schritt wich Preußen zurück; die Union zerfiel (der einzige Erwerb Preußens aus dieser Zeit war die Abtretung der hohenzollerischen Fürstentümer durch ihr Fürstenhaus am 7. Dezember 1850), während am 10. Mai 1850 der deutsche Bundestag wiedererstand; am 2. Juli wurde mit Dänemark der Berliner Friede geschlossen, welcher die schleswig-holsteinischen Herzogtümer preisgab, und endlich gab Preußen auch in der kurhessischen Frage nach, weil das Heer, wie sich bei der am 6. November befohlenen allgemeinen Mobilmachung herausstellte, für einen Entscheidungskampf mit Österreich nicht stark und ausgerüstet genug war. Auf den Warschauer Konferenzen (15. Oktober) und in Olmütz (29. November) verzichtete Preußen auf seine Unionspolitik und erkannte den restituierten Bundestag an. Mißmutig und beschämt durch diese klägliche Niederlage und verzweifelnd ... wandten sich die Anhänger Preußens in Deutschland von ihm ab.

Nach der Auflösung der Zweiten Kammer (27. April 1849) wurde das sog. Dreiklassenwahlgesetz erlassen und nach diesem die Wahlen für eine neue Zweite Kammer vorgenommen. Bei diesen beteiligte sich die Demokratie aus prinzipiellen Gründen und aus Pessimismus nicht, und sie fielen daher überwiegend konservativ aus.

Die am 7. August 1849 zusammentretenden Kammern erfüllten daher bereitwillig den Wunsch des Königs und des Ministeriums bei der Revision der Verfassung vom 5. Dezember 1848, einige jetzt bedenklich erscheinende Bestimmungen, wie die Beedigung des Heeres auf die Verfassung, zu beseitigen und ... den Staatsgerichtshof, die Auflösung der Bürgerwehr, Verminderung der Pressefreiheit, Beschränkung des Steuerbewilligungsrechts auf neue Steuern und anderes zu genehmigen. ...

Unter dem Ministerium Manteuffel (seit 6. November 1850) erlangte die christlich-konservative oder Kreuzzeitungspartei, welche wesentlich aus dem kleinen Adel der östlichen Provinzen bestand und in den Kammern die Mehrheit hatte, immer größeren Einfluß. Ihr Ziel war eine ständische Organisation der Monarchie, und sie erreichte auch 1851 die Wiederherstellung der gutsherrlichen Polizeiverwaltung, die Berufung der alten Provinzialstände und am 12. Oktober 1854 die Errichtung des Herrenhauses als Erster Kammer des Landtages, während die Zweite Kammer fortan Abgeordnetenhaus hieß.

In der evangelischen Kirche, an deren Spitze der Oberkirchenrat gestellt wurde, wurde der orthodoxen Richtung zur Herrschaft verholfen, während man dem katholischen Klerus völlig freie Hand ließ.

Die liberale Partei wurde durch politische und Presseprozesse eingeschüchtert, die Beamten und Richter durch neue Disziplinalgesetze von der Regierung abhängiger gemacht. Das 1855 gewählte Abgeordnetenhaus, die sogenannte Landratskammer, in welchem nur eine kleine Partei, die Altliberalen, die Verfassung verteidigte, genehmigte alle auf Verstärkung der monarchischen Gewalt gerichteten Anträge des Ministeriums. Nur gegen neue Steuern zeigte es eine entschiedene Abneigung.

Seine Tüchtigkeit bewährte das preußische Beamtentum trotz mancher bürokratischen Ausschreitungen in der Pflege der materiellen Interessen. Eisenbahnen, Post und Telegraphie entwickelten sich überraschend schnell, und standhaft wehrte sich Preußen auch nach Olmütz gegen das Verlangen Österreichs, in den Zollverein aufgenommen zu werden.

Er erreichte es, daß der Zollverein, 1852 durch Hannover und Oldenburg vergrößert und abgerundet (wurde), unter Preußens Führung und mit den bisherigen wirtschaftlichen Grundsätzen bestehen blieb. Der Wohlstand des Landes hob sich in den Jahren der Ruhe und des Friedens sichtlich. Auch die geistigen Interessen wurden nicht vernachlässigt. Die Universitäten und höheren Schulen wurden von der pietistischen Reaktion weniger berührt, mehr die Volksschule ...

Für die Verstärkung und Betätigung der äußeren Macht Preußens geschah in dieser Zeit wenig. 1853 wurde von Oldenburg der Jadebusen zur Anlage eines Kriegshafens an der Nordsee

erworben und der Grund zu einer Kriegsflotte gelegt.

Der König war durchaus nicht kriegerisch gesinnt und blieb während des Krimkrieges neutral, während die öffentliche Meinung entschieden Anschluß an die Westmächte forderte, die Kreuzzeitungspartei auf seiten Rußlands stand. Diese Haltung brachte für Preußen die Demütigung, daß es 1856 erst nachträglich zum Pariser Friedenskongreß zugezogen wurde, hatte aber den später so wertvollen Vorteil, daß sie ihm die Freundschaft Rußlands erwarb. ...<<

Frankreich: Der französische Ministerpräsident Adolphe Thiers (1797-1877) fordert im Jahre 1840 die Wiederherstellung der Rheingrenzen von 1806 (x142/302). In den deutschen Staaten bricht danach ein Sturm der nationalen Entrüstung und Abwehrbereitschaft los.

Napoleons Leichnam wird im Jahre 1840 von der Atlantikinsel Sankt Helena nach Paris in den Invalidendom überführt. Das Grab des "kleinen Korporals" wird danach zum Wallfahrtsort für viele Franzosen.

Niederlande: Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Niederlande" von 1840-1877 (x812/153-154): >>... Wilhelm II. (1840-49) bewilligte sofort die Verantwortlichkeit der Minister und verringerte den Stand des Heeres um ein Bedeutendes. Dadurch erlangte er die Zustimmung der Generalstaaten zu einer außerordentlichen Vermögenssteuer, zur Rentenumwandlung ... und zu einer freiwilligen Anleihe, wodurch die Finanzen in Ordnung gebracht und die Mittel für den Bau von Eisenbahnen und die Trockenlegung des Haarlemer Meeres gewonnen wurden. Zu der Verfassungsreform entschloß er sich aber erst nach der Februarrevolution 1848. ...

Das neue Grundgesetz wurde am 3. November 1848 verkündet. Nicht lange darauf, am 17. März 1849, starb Wilhelm II.

Sein Sohn Wilhelm III. berief den Urheber der neuen Verfassung, Thorbecke, am 30. Oktober an die Spitze eines durchaus freisinnigen Ministeriums, das durch wichtige organische Gesetze, wie das über Versammlungsrecht, eine Provinzial- und Gemeindeordnung und eine Gerichtsorganisation, die Grundsätze der Verfassung verwirklichte und durch zweckmäßige Finanzgesetze die materielle Lage des Landes verbesserte.

In allzu doktrinärer Ausführung des Verfassungsartikels über die Freiheit und Unabhängigkeit der Kirchen vom Staat schloß aber Thorbecke 1852 einen Vertrag mit der römischen Kurie, in dem er alle Aufsichtsrechte des Staates über die katholische Kirche preisgab und die Errichtung von fünf neuen Bistümern in den Niederlanden gestattete. Die päpstliche Allokution (Ansprache) vom 7. März 1853, welche dies verkündete, erregte einen Sturm der Entrüstung in der protestantischen Bevölkerung, die der König, des herrschstüchtigen Ministers überdrüssig, in seiner Antwort ... billigte (15. April).

Thorbecke forderte und erhielt darauf seine Entlassung, und ihm folgten nun einige konservative Ministerien, ... die sich aber nur dadurch im Amt zu halten vermochten, daß sie auf alle reaktionären Wünsche einer Verfassungsrevision verzichteten und 1857 sogar ein ganz liberales Unterrichtsgesetz, welches den Religionsunterricht aus allen staatlichen Elementarschulen ausschloß, in den Kammern zur Annahme brachten. Dafür ließen die Liberalen das bestehende Kolonialsystem unangefochten.

Die Liberalen hatten die Mehrheit in den Generalstaaten, waren aber zerfahren und von Parteiinteressen beherrscht. Dies zeigte sich, als im Januar 1862 Thorbecke zum zweiten Mal an die Spitze der Regierung trat. Dieser reformierte das Steuersystem, ... erlangte die Zustimmung zu wichtigen öffentlichen Anlagen (direkten Kanälen von Amsterdam und Rotterdam bis zur See), scheiterte aber an dem Versuch, die Verwaltung der Kolonien umzugestalten und den 1830 auf Java eingeführten Kulturzwang, ein hartes, aber für den Staat einträgliches Fronssystem, abzuschaffen; nur der Bau der ersten Eisenbahn auf Java wurde genehmigt und die Sklaverei in Westindien aufgehoben.

Während des Krieges zwischen Preußen und Österreich 1866 hatten sich die Niederlande neu-

tral verhalten, obwohl die Sympathien der höheren Kreise und des Hofes, an dem die Königin Sophie, eine württembergische Prinzessin, als entschiedenste Feindin Preußens den Ton angab, auf seiten Österreichs gewesen waren. Bei der Neuordnung der deutschen Angelegenheiten kam es der niederländischen Regierung hauptsächlich darauf an, Limburg von der Verbindung mit Deutschland loszulösen.

An Luxemburg zeigte sie gar kein Interesse, und als der König sich 1867 veranlaßt sah, Luxemburg an Frankreich zu verkaufen, stieß dieser Plan nirgends auf Widerstand. Nur die Regierung wollte den Verkauf nicht ohne Zustimmung Preußens genehmigen, weil sie befürchtete, daß dieses dann für Deutschland auf Limburg Anspruch erheben möchte. ...

... Der deutsch-französische Krieg 1870/71 erregte die Gemüter in den Niederlanden um so mehr, als er deren Interessen nahe berührte. Die leitenden Kreise hatten das Emporkommen Preußens, auf das sie bisher herabgesehen hatten, und mit dem sie nun rechnen mußten, mit Neid und Eifersucht beobachtet und bewirkten es, daß bei Beginn des Krieges die Armee so aufgestellt wurde, daß sie im Fall des sicher erwarteten Sieges der Franzosen in Deutschland feindlichem Sinn eingreifen konnte.

Die gewaltigen und raschen Erfolge der Deutschen zwangen nun zwar die Niederlande zu einer strengen Neutralität, erregten aber die Furcht vor deutschen Annexionsabsichten auf die Niederlande selbst oder wenigstens ihre Kolonien. Unter diesen Umständen hielt selbst Thorbecke, der bisher sowohl als Abgeordneter wie als Minister stets für die größtmögliche Beschränkung des Militärbudgets eingetreten war, eine Verstärkung der Verteidigungsmittel durch neue Festungsanlagen und Vermehrung der Streitkräfte für unvermeidlich.

Aber keinem Ministerium gelang es, die Kammern zu einem entscheidenden Beschluß über die Heeresreform, namentlich die Frage der allgemeinen Dienstpflicht, zu bewegen, da niemand die Verantwortlichkeit für die dem Land aufzuerlegenden Opfer an Geld und Menschen auf sich nehmen wollte. Nur ein Festungsgesetz wurde nach dem Tode Thorbeckes (4. Juni 1872) von dem Ministerium Fransen van den Putte durchgebracht. ...

Das liberale Ministerium Fransen van den Putte scheiterte wiederum an der Kolonialpolitik. Im Dezember 1871 hatten die Niederlande ihre Besitzungen in Guinea an England verkauft und dafür dessen Zustimmung zur Ausbreitung ihrer Herrschaft auf Sumatra erlangt. Die Regierung hatte darauf vom Sultan von Atschin Unterwerfung unter gewisse Bedingungen gefordert und, als er das ablehnte, 1873 Krieg (1873-1879) gegen ihn begonnen.

Der erste Feldzug scheiterte aber gänzlich, und auch als General van Swieten im Januar 1874 ... die Hauptfestung der Atschinesen, erobert hatte, war damit wenig gewonnen, während das mörderische Klima ungeheure Opfer an Menschenleben forderte und die Rüstungen große Ausgaben verursachten.

Fransen machte daher im Juli 1874 einem konservativen Ministerium ... Platz, welches sich durch geschicktes Lavieren bis zum September 1877 behauptete. ...<<

Großbritannien: Der englische Politiker Charles Buller erläutert im Jahre 1840 die Ziele der britischen Kolonialpolitik (x239/172): >>Wir wollen Kolonien als Kunden für unseren Handel, als Investitionsfelder für unser überschüssiges Kapital und zur Aufnahme unserer überschüssigen Arbeitskräfte.

Es sind allein diese Ziele, die uns veranlassen, Kolonien zu unterhalten und dafür zu sorgen, daß unsere Herrschaft über diese erhalten bleibt.

Ausschließlich, um zu gewährleisten, daß wir mit ihnen Handel treiben und unsere Auswanderer dorthin senden können, sind wir gezwungen, sie zu regieren sowie mit Hilfe unserer Flotte und unserer Armee zu beschützen.

Wir brauchen uns in ihre Angelegenheiten nur insoweit einzumischen, wie dies notwendig ist, um für uns vorteilhafte Handelsbedingungen, freien Zugang für unsere Auswanderer sowie eine Politik der Landvergabe sicherzustellen, die die Einwanderung begünstigt. ...<<

USA: Im Verlauf von Vertragsverhandlungen werden am 19. März 1840 im Gerichtssaal und auf dem Gelände des Gerichtsgebäudes von San Antonio 13 Kriegshäuptlinge sowie 20 Frauen und Kinder der Komantschen erschossen (x180/61).

Ägypten: Im Jahre 1840 endet der türkisch-ägyptische Krieg (1832-1840). Ägypten muß auf Syrien verzichten, scheidet jedoch aus dem Osmanischen Reichsverband aus.

1841

Preußen: Friedrich List schreibt im Jahre 1841 (x233/52): >>Der Zollverein und das Eisenbahnsystem sind siamesische Zwillinge; zur gleichen Zeit geboren, körperlich aneinander gewachsen, eines Geistes und Sinnes, unterstützen sich wechselseitig, streben sie nach einem und demselben großen Ziel, nach Vereinigung der deutschen Stämme zu einer großen und gebildeten, zu einer reichen, mächtigen und unantastbaren Nation.

Ohne Zollverein wäre ein deutsches Eisenbahnsystem nie zur Sprache, denn zur Ausführung gekommen. ...

Das Eisenbahnsystem wirkt indessen nicht bloß durch Förderung der materiellen Nationalinteressen, es wirkt auch ... als Stärkungsmittel des Nationalgeistes; denn es vernichtet die Übel der Kleinstädtereie und des provinziellen Eigendünkels und Vorurteils. ...<<

Königreich Bayern: In Regensburg wird im Jahre 1841 die germanische Ruhmeshalle Walhalla fertiggestellt.

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über das germanische Ruhmeshalle "Walhalla" (x816/360): >>Walhalla, großartiger Marmorbau auf einer Anhöhe etwa 8 km unterhalb Regensburg, bei Donaustauf, an der Donau, eine Schöpfung des Königs Ludwig I. von Bayern. Der Entwurf dazu rührt von Leo von Klenze her.

Die Grundsteinlegung fand am 18. Oktober 1830, die Einweihung am 18. Oktober 1841 statt. Von dem Fuß der Anhöhe steigen 250 Marmorstufen bis zu den mächtigen, terrassenförmig aufgebauten Substruktionen des Tempels. Der ganze Bau hat eine Länge von 138 m, eine Breite von 91 m und eine Höhe von mehr als 60 m.

Der Tempel selbst ist bei einer Länge von 74 m und einer Breite von 35 m 20 m hoch. Er ist aus Untersberger hellgrauem Marmor erbaut und wird von 52 kannelierten dorischen Säulen getragen. An beiden Frontseiten sind die Giebelfelder mit herrlichen Marmorstatuen ... geschmückt: im vorderen Giebel eine kolossale Germania nebst 15 symbolischen Figuren, an die Wiederherstellung Deutschlands nach dem Kampf gegen Napoleon I. erinnernd; im hinteren Giebel 15 Figuren, die Hermannschlacht darstellend.

Das Innere des Gebäudes, die eigentliche Cella, welche ihr Licht durch Öffnungen in der mit Bronzeplatten und Goldverzierungen reichgeschmückten Decke erhält, bildet ein längliches Viereck, das in drei Abteilungen gesondert wird, von denen die mittlere zwei sitzende, die beiden anderen je zwei stehende Siegesgöttinnen ... enthalten.

Rings um die Wand zieht sich ein Marmorfries, der Deutschlands Urgeschichte ... in Relief enthält. Unter dem Fries an der Wand stehen auf Konsolen und Postamenten die 163 Marmorbüsten der Walhallagenossen, ausgezeichneter Deutscher, in zwei Reihen übereinander. Von denen (64), deren Porträte man nicht besitzt, prangen die Namen in glänzenden Buchstaben an den Wänden oder dem Fries. ...<<

Spanien: General Espertero wird im Jahre 1841 zum Regenten (verfassungsmäßiger Vertreter bzw. Staatsoberhaupt) des Königreiches Spanien ernannt.

Schweiz: Die Regierung des Kantons Aargau löst im Jahre 1841 die katholischen Klöster auf. Der schweizerische Schriftsteller Gottfried Keller (1819-1890) schreibt im Jahre 1841 über die Nationalität der Schweizer (x261/114): >>... Die Deutschen glauben uns dadurch hauptsächlich zum Schweigen zu bringen, daß sie behaupten, das schweizerische Volk gehörte seiner Abstammung nach gar nicht zusammen, sondern die deutsche Schweiz gehöre eigentlich zu Deutschland, die französische zu Frankreich usf., kurz jeder Teil unseres Landes gehöre zu

dem seiner Abstammung entsprechenden Teil der angrenzenden Staaten, und das ist vorsätzliche Nichtbeachtung unseres Nationalcharakters.

Denn, zugegeben, daß wir den nämlichen Völkerstämmen entsprossen sind wie unsere Nachbarn, so tut das durchaus nichts zur Sache. Der Geist der Generationen verändert sich unendlich, und wenn wir jener Ansicht und der Bibel folgen müßten, so wäre die ganze Menschheit nur eine Nation und müßte folglich nur einen einzigen Staat ausmachen.

Die jetzige Bevölkerung Englands ist entstanden aus Britanniern, Römern, Angelsachsen, Normannen, Kelten usf., die alle einander wechselweise besiegt, verdrängt oder unterdrückt haben, und doch ist die englische Nation jetzt eine ganze, unteilbare. ...

So ist es auch mit den Schweizern gegangen. Die Urkantone waren von jeher frei in ihren Bergen, man weiß von keinem Herren, der sie gesetzlich jemals regiert hätte.

Albrecht suchte sie mit Gewalt zu zwingen, und von da an schufen sie sich ihr eigenes Geschick (Bund der drei Urkantone Uri, Schwyz und Unterwalden gegen Albrecht von Habsburg Ende des 13. Jahrhunderts), und an diese knüpfte sich nach und nach, bis auf unsere Zeiten, die ganze gegenwärtige Schweiz teils aus innerem Drange und Neigung, teils aus äußerlichem Bedürfnis an; und durch die Verfassungen, die sie sich selbst gaben, sind sie eben so verschieden geworden von denen, mit denen sie gemeinschaftliche Abstammung hatten.

Der Nationalcharakter der Schweiz besteht nicht in den ältesten Ahnen, noch in der Sage des Landes, noch sonst irgend etwas Materiellem; sondern er besteht in ihrer Liebe zur Freiheit, zur Unabhängigkeit. ...<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte der "Schweiz" von 1841-1864 (x814/762-763): >>... In dem bisher freisinnigen Luzern erlangten die ... Ultramontanen (streng päpstlich Gesinnten) am 1. Mai 1841 bei einer von ihnen ins Werk gesetzten Verfassungsrevision den vollständigsten Sieg.

Ermutigt durch diese Erfolge, forderten die Ultramontanen von der Tagsatzung, daß Aargau gezwungen werde, die im Januar 1841 aufgehobenen Klöster des Kantons wiederherzustellen, und als sich die Tagsatzung am 31. August 1843 mit dem Anerbieten Aargaus, die vier Frauenklöster herzustellen, zufrieden erklärte, vereinigten sich die Kantone Luzern, Uri, Schwyz, Unterwalden, Zug und Freiburg im September 1843 zu dem Beschluß, sich von der Eidgenossenschaft zu trennen, wenn die Aargauer Klöster nicht wiederhergestellt würden.

Die gewaltsame Niederwerfung der Liberalen in Wallis durch die Ultramontanen und die Berufung der Jesuiten an die höheren Lehranstalten von Luzern steigerten den Parteihaß aufs höchste. Im Vertrauen auf Freischaren aus anderen Kantonen versuchten die Luzerner Radikalen am 8. Dezember 1844 die klerikale Regierung mit Gewalt zu beseitigen; das Unternehmen scheiterte kläglich und wurde von den Ultramontanen benutzt, um durch Einkerkungen, Verbannungen und Gütereinziehungen ihre Gegner zu vernichten.

Ebenso wurde ein Angriff von Freischärlern unter dem früheren Luzerner Regierungsrat Steiger und dem Berner Ochsenbein auf Luzern am 31. März 1845 blutig zurückgewiesen und auf der Flucht 104 Freischärler erschlagen, gegen 1.800 gefangen genommen. Die Furcht vor weiteren Freischarenzügen ... veranlaßten die ultramontanen Kantone, denen sich Wallis anschloß, im Dezember 1845 einen förmlichen Sonderbund abzuschließen und denselben zum etwaigen Widerstand gegen "unbefugte" Bundesbeschlüsse militärisch zu organisieren.

Sobald die Existenz und der Inhalt des anfangs geheim gehaltenen Bündnisses bekannt wurde, beantragte Zürich im Sommer 1846 bei der Tagsatzung, dasselbe für unverträglich mit den Bestimmungen der Bundesakte und für aufgelöst zu erklären, erlangte aber erst, nachdem in Genf und St. Gallen die liberale Partei zur Herrschaft gekommen war, im Juli 1847 die Mehrheit. Dieselbe, aus zwölf ganzen und zwei halben Kantonen bestehend, beschloß nicht bloß die Auflösung des Sonderbundes, sondern auch eine Bundesrevision und die Ausweisung der Jesuiten.

Da die sieben Sonderbundskantone, auf Österreichs und Frankreichs Hilfe vertrauend, allen Mahnungen und Vermittlungsversuchen unzugänglich blieben und eifrig rüsteten, entschied sich die Tagsatzung zu Bern am 4. November 1847 zur Anwendung von Waffengewalt (Sonderbundskrieg).

Eine eidgenössische Armee von fast 100.000 Mann unter dem Obersten Dufour zwang Freiburg und Zug zur Kapitulation, vertrieb die ... Sonderbundstruppen am 23. November aus ihren verschanzten Stellungen bei Luzern und zog in diese Stadt ein. Nun unterwarfen sich auch die Waldstätten und Wallis, und noch vor Ende November war der Sonderbund aufgelöst. Die Verfassungen und Regierungen in den besiegten Kantonen wurden verändert und denselben die Kriegskosten auferlegt. Der Ausgang des Krieges entschied auch den Sieg der Bundesrevision.

Eine Kollektivnote Österreichs, Preußens, Frankreichs und Rußlands vom 18. Januar 1848 erklärte allerdings, daß diese Mächte keine Veränderung der Bundesakte von 1815 zulassen würden, die mit der Kantonsouveränität in Widerspruch stehe. Die Tagsatzung wies indes mit Entschiedenheit diese Einmischung zurück, welche infolge der Februarrevolution zu Boden fiel, und beschloß nach dem Muster der Vereinigten Staaten von Nordamerika die in ihren Grundzügen noch jetzt bestehende Verfassung, welche die Schweiz aus einem losen Staatenbund in einen fester gefügten Bundesstaat umwandelte.

Dem Bund wurden das ausschließliche Recht über Krieg und Frieden, der Verkehr mit dem Ausland, das Zoll-, Post- und Münzwesen, Maß und Gewicht, die Organisation des Bundesheeres, der höhere Militärunterricht, die Garantie republikanisch-demokratischer Kantonalverfassungen, der politischen Rechtseinheit, der Glaubensfreiheit, der Presse- und Vereinsfreiheit etc. übertragen.

An Stelle der Tagsatzung trat eine in ihrer Stimmabgabe freie Bundesversammlung, bestehend aus der Vertretung der Kantone (Ständerat) und der des Schweizer Volkes (Nationalrat), an Stelle des bisherigen wechselnden Vorortes als höchste vollziehende Behörde ein ständiger Bundesrat von sieben Mitgliedern, von denen der den Vorsitz führende den Titel Bundespräsident erhielt; ebenso wurde ein Bundesgericht eingesetzt.

Nachdem 15 ½ Kantone mit 1.897.887 Seelen gegen 6 ½ verwerfende mit 292.371 Einwohnern die neue Verfassung angenommen (hatten), erklärte die Tagsatzung dieselbe am 12. September 1848 als zu Recht bestehend und löste sich auf. Die erste Bundesversammlung trat am 6. November in Bern, das zum Bundessitz bestimmt wurde, zusammen und wählte den ersten Bundesrat.

Fortan erfreute sich die Schweiz im Inneren fast ohne Ausnahme gesetzlicher Ruhe und Ordnung. Die neuen Bundesbehörden entwickelten eine rege organisierende Tätigkeit: das Heerwesen, Maß und Gewicht, Münze, Post, Telegraphie und Zölle wurden einheitlich geregelt, die Zollschranken zwischen den Kantonen, die Brücken- und Wegegelder beseitigt, ein eidgenössisches Polytechnikum in Zürich gegründet u.a.m.; der Bau der Eisenbahnen blieb nach heftigen Kämpfen der Privattätigkeit überlassen.

Auch die Beziehungen zum Ausland blieben freundlich. Der deutsche Bundestag und Österreich beschwerten sich zwar 1848 und 1849 über die Aufnahme deutscher und italienischer Flüchtlinge in der Schweiz, waren aber nicht in der Lage, ihren Drohnoten Folge zu geben.

...<<

Großbritannien: Friedrich Engels (1820-1895, Schriftsteller und Politiker, Sohn eines Fabrikanten, Mitverfasser des Kommunistischen Manifests) ist von 1841 bis 1845 in Manchester tätig und lernt dort die mit der Industrialisierung verbundenen sozialen Probleme der englischen Arbeiter kennen.

August H. Hoffmann von Fallersleben (1798-1874, von 1830-42 Prof. für deutsche Sprache und Literatur in Breslau) schreibt am 26. August 1841 auf der damals britischen Insel Helgoland "Das Lied der Deutschen" bzw. "Das Deutschlandlied" (x230/41-42):

>>Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt,
Wenn es stets zum Schutz und Trutze
Brüderlich zusammenhält.
Von der Maas bis an die Memel,
Von der Etsch bis an den Belt -
Deutschland, Deutschland über alles,
Über alles in der Welt.

Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang
Sollen in der Welt behalten
Ihren alten, schönen Klang,
Uns zu edler Tat begeistern
Unser ganzes Leben lang.
Deutsche Frauen, deutsche Treue,
Deutscher Wein und deutscher Sang.

Einigkeit und Recht und Freiheit
Für das deutsche Vaterland,
Danach laßt uns alle streben
Brüderlich mit Herz und Hand.
Einigkeit und Recht und Freiheit
Sind des Glückes Unterpfand.
Blüh im Glanze dieses Glückes,
Blühe, deutsches Vaterland.<<

Hoffmann von Fallersleben wird im Jahre 1842 wegen des Deutschlandliedes von der preußischen Regierung als Professor entlassen und muß Preußen verlassen. Der liberale Patriot wird erst 1848 rehabilitiert.

In einem später in Dresden veröffentlichten Handbuch der Polizei wird der Dichter des Deutschlandliedes wie folgt charakterisiert (x092/559): >>Hoffmann von Fallersleben, Literat und ehemals Professor, als welcher er wegen seiner ultraliberalen Gesinnung abgesetzt wurde, seine "unpolitischen Lieder" sind verboten, sowie überhaupt die überwiegende Mehrzahl seiner literarischen Produkte ihn als einen Feind der Fürsten und Regierung dokumentieren.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet später über August Heinrich Hoffmann von Fallersleben (x808/614-615): >>Hoffmann, August Heinrich, Sprachforscher und Dichter, geboren am 2. April 1798 zu Fallersleben im Braunschweigischen, wonach er sich Hoffmann von Fallersleben nannte, besuchte 1816 die Universität Göttingen, um Theologie zu studieren, widmete sich aber, von Benecke angeregt, mit Vorliebe dem Studium der vaterländischen Literatur, dem er auch in Bonn, wohin er sich 1819 wandte, treu blieb.

Nachdem er 1821 in Leiden ein halbes Jahr lang Forschungen über die altniederländische Literatur angestellt (hatte), privatisierte er in Berlin, wurde 1823 Kustos (wissenschaftlicher Sachbearbeiter) an der Universitätsbibliothek in Breslau, 1830 außerordentlicher und 1835 ordentlicher Professor der deutschen Sprache in Breslau. Wiederholte Reisen nach Österreich (1827 und 1834), Dänemark (1836), Holland und Belgien (1837), in die Schweiz (1839) hingen mit seinen wissenschaftlichen Bestrebungen eng zusammen.

Sein Amt bei der Bibliothek hatte er bereits 1838 freiwillig niedergelegt, als er durch Dekret vom 20. Dezember 1842 wegen politisch anstößiger Grundsätze und Tendenzen, die er in den "Unpolitischen Liedern" (Hamburg 1840-41, 2 Bände; 2. Auflage des 1. Bandes 1842) ausgesprochen haben sollte, ohne Pension seiner Professur enthoben wurde. In der Folge aus mehreren deutschen Bundesstaaten polizeilich ausgewiesen, führte er nun jahrelang ein unstetes Wanderleben, bis er sich 1845 in Mecklenburg Heimatrecht erwarb.

1848 auch in Preußen rehabilitiert, bezog er seitdem das gesetzliche Wartegeld als Pension und ließ sich 1853 in Weimar nieder, wo er mit Oskar Schade die "Weimarischen Jahrbücher für deutsche Sprache etc." herausgab, welche indessen nach kurzem Bestehen wieder eingingen. ... Seit 1860 vom Herzog von Ratibor zum Bibliothekar auf Schloß Korvei ernannt, starb er daselbst am 19. Januar 1874. In seinem Geburtsort wurde ihm 1883 ein Denkmal (Obelisk) errichtet.

Außer den bleibenden Verdiensten, die sich Hoffmann durch Veröffentlichung älterer deutscher Literaturdenkmäler erworben hat, gewann er durch seine heiteren, leicht singbaren Lieder einen allgemein anerkannten Dichternamen.

Ohne besondere Tiefe, faßte er die Ansichten der überwiegenden Anzahl seiner Zeitgenossen in kurze, meist epigrammatische Gedichte, die allerdings oft keck, mitunter selbst scharf und verletzend gehalten sind, im allgemeinen jedoch mehr auf das Possenhafte und Kindlich-Spielende als auf das Sarkastische hinauslaufen.

Er traf, wie kaum ein anderer Dichter der Neuzeit, durch Einfalt und Innigkeit den Ton des echten Volksliedes, und nicht wenige seiner Lieder sind Eigentum des Volkes geworden. Obgleich nicht musikalisch gebildet, gab er doch dazu die anmutigsten Melodien an, die nur künstlerisch verarbeitet zu werden brauchten. ...<<

"Das Lied der Deutschen" bzw. "Das Deutschlandlied"

Das zunächst verbotene "Lied der Deutschen" wurde am 9. August 1890 anlässlich der Übergabe Helgolands an das Deutsche Reich erstmals während einer offiziellen Veranstaltung gesungen und zählte später als sog. "nationales Bekenntnislied" zu den meistgesungenen Liedern im Deutschen Reich.

Der erste deutsche Reichspräsident Friedrich Ebert erklärte das Lied am 11. August 1922 offiziell zur Nationalhymne der Deutschen Republik.

Nach 1933 wurde bei offiziellen Anlässen die erste Strophe des Deutschlandliedes zusammen mit dem Kampflied der NSDAP ("Horst-Wessel-Lied") von den Nationalsozialisten als deutsche Hymne gespielt und gesungen.

Im Jahre 1945 verboten die Siegermächte das Deutschlandlied, weil es angeblich die Herrschaft über andere Völker verherrlichen bzw. anstreben würde.

Im April/Mai 1952 bestätigten Bundespräsident Heuss und Bundeskanzler Adenauer die Wiedereinführung des "Deutschlandliedes" als Nationalhymne. Bei staatlichen Anlässen wurde jedoch nur noch die 3. Strophe des Deutschlandliedes als Nationalhymne der Bundesrepublik Deutschland gesungen.

"Das große Lexikon des Dritten Reiches" berichtet später über das "Deutschlandlied" (x051/-123): >>Deutschlandlied ("Das Lied der Deutschen"), 1922-45 offizielle Nationalhymne des Deutschen Reiches, von 1933 an gemeinsam mit dem Horst-Wessel-Lied.

Von Hoffmann von Fallersleben 1841 auf Helgoland geschrieben (zur Melodie der 1797 von J. Haydn komponierten österreichischen Kaiserhymne), sollte das Deutschlandlied zunächst Aufruf zur Einigung Deutschlands sein, wurde im Ausland jedoch wegen seiner Eingangszeile "Deutschland, Deutschland über alles" und wegen der in der 1. Strophe reklamierten Gebiete ("von der Maas bis an die Memel...") früh als Ausdruck des deutschen Chauvinismus aufgefaßt. Im 1. Weltkrieg sang man es als "Bekenntnislied", ab 1922 war es offizielle Hymne der Weimarer Republik.

Die Alliierten verboten 1945 den Text, in der Bundesrepublik konnte sich aber eine "Hymne an Deutschland" (von R. A. Schröder) nicht durchsetzen, so daß hier seit 1952 offiziell die dritte Strophe des Deutschlandlieds ("Einigkeit und Recht und Freiheit ...") als Nationalhymne gesungen wird.<<

Meyers Konversationslexikon von 1885-1892 berichtet über die Geschichte Großbritanniens von 1841-1845 (x807/815-816): >>(Großbritannien) ... Am 1. September 1841 begann das neue Toryministerium seine Funktionen. An seiner Spitze stand Robert Peel ...

Unter großen Schwierigkeiten trat das Ministerium Peel die Verwaltung an. Nach außen die Kriege mit China und Afghanistan (welch letzterer schon 1838 begonnen hatte), das gespannte Verhältnis mit Frankreich, die Wirren im Orient; nach innen das Defizit, das Mißtrauen der Hochkirchenmänner gegen den der Aufklärung zugeneigten Peel, die Erbitterung der Whigs, die immer zunehmende Agitation des Bundes gegen die Korngesetze, namentlich in den Industriebezirken, wo die Massen der arbeitenden Bevölkerung auf seiner Seite standen, endlich die durch O'Connells feurige Beredsamkeit geschürte Erregung in Irland, die in jedem Augenblick die gesetzlichen Bahnen zu verlassen drohte: es gehörte ein staatsmännisches Talent wie das Peels dazu, um solchen Schwierigkeiten gegenüber den Mut nicht zu verlieren.

Im Inneren begnügte er sich zunächst mit vorübergehenden Maßregeln zur Deckung des Defizits und schloß schon am 6. Oktober die Session.

In der auswärtigen Politik mußte das Ministerium die ihm von den Vorgängern hinterlassene Erbschaft antreten; wenigstens im Orient war es zunächst unmöglich, jene sparsame Friedenspolitik zu befolgen, welche das Land von der Toryverwaltung erwartete.

Der Krieg in China wurde mit Energie und Erfolg fortgesetzt: die englische Flotte erzwang am 21. Juli 1842 den Eingang in den Jangtsekiang, erschien vor Nanking und nötigte China zu einem Frieden (29. August), welcher den Engländern den Besitz von Hongkong verschaffte, ihnen eine Anzahl Häfen öffnete und eine Kriegssteuer von 21 Millionen Dollar einbrachte.

Schlimmer standen die Dinge in Ostasien, wo es 1841 zu einer furchtbaren Katastrophe gekommen war, indem die ganze an 6.000 Mann starke britische Armee in Kabul durch die Treulosigkeit der Afghanen bei ihrem Rückzug nach Dschelalabad schmachvoll zu Grunde ging. Auch hier hatte man unter der neuen Regierung besseres Gelingen.

Unter dem von ihr ernannten neuen Generalgouverneur von Indien, Lord Ellenborough, stellten die Generale Pollock und Nott 1842 durch einen glänzenden Feldzug nach Afghanistan die Ehre der britischen Waffen wieder her. Am 12. Oktober wurde Kabul erobert; dann nahm man furchtbare Rache, räumte aber im Gegensatz zu der von den Whigs befolgten Politik Anfang 1843 Afghanistan wieder.

Alle diese auswärtigen Erfolge aber vermochten nicht über das Gefährliche der inneren Lage von Großbritannien hinwegzuhelfen. Eine andauernde Handelskrise und eine neue Mißernte im Jahre 1841 sowie andere elementare Unglücksfälle hatten die allgemeine Unruhe so gesteigert, daß Peel die Notwendigkeit erkannte, wenigstens in der Frage der Korngesetze einige Zugeständnisse zu machen, obschon wegen derselben ein Mitglied der hohen Aristokratie und einer der einflußreichsten Großgrundbesitzer, der Herzog von Buckingham, aus dem Kabinett austrat. Nachdem am 3. Februar das Parlament wieder eröffnet war, brachte Peel am 9. seine Kornzollbill ein. ...

Obwohl den Whigs diese Ermäßigung nicht genügte und Cobdens Partei bei ihrem Verlangen nach gänzlicher Aufhebung der Getreidezölle beharrte, obwohl die Großgrundbesitzer andererseits sich gegen jedes Zugeständnis in dieser Beziehung sträubten, wurde Peels Vorschlag nach langen Debatten im April angenommen ...

Radikaler waren die Finanzmaßregeln Peels; um dem immer mehr anschwellenden Defizit abzuweichen, schlug er die Erhebung einer Einkommensteuer von etwa 3 Prozent zunächst auf fünf Jahre vor, welche ... nur die wohlhabenderen, bis dahin unverhältnismäßig wenig mit

Steuern belasteten Kreise der Bevölkerung treffen sollte. ...

Zugleich kam er durch eine Reform der Zolltarife den Bestrebungen der Freihändler insofern entgegen, als er eine Anzahl ... lästiger Schutzzölle teils zu beseitigen, teils wenigstens zu ermäßigen vorschlug. Trotz energischer Opposition in beiden Häusern gelang es dem Minister, diese wahrhaft staatsmännischen Maßregeln durchzusetzen; er hat sich dadurch unvergeßliche Verdienste um Großbritannien und sein materielles Aufblühen erworben. ...

Die Ernte des Jahres 1845 war unglücklich; in Irland hatte die Kartoffelkrankheit das Hauptnahrungsmittel der Bevölkerung zum großen Teil vernichtet: ein wirklicher Notstand drohte einzutreten. Der Bund gegen die Korngesetze verlangte unter diesen Umständen in täglichen, immer erregteren Volksversammlungen die Aufhebung der Getreidezölle; ihm schlossen sich die Reste der chartistischen Partei an, und auch die Führer der Whigs ...

Peel erkannte, daß die Lage eine schnelle Entscheidung verlangte; ... um den Whigs zuvorzukommen, beantragte er im Kabinett, die Aufhebung der Kornzölle ...<<